

# Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden  
Laden & Comp., Nr. 1258

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: 6040, Staatsbank, Dresden.  
Bank der Arbeiter, Handelsbank  
u. d. Beamten, H. G. T. Dresden.  
Gebrüder Krensch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Vertrieb von Zeitungen ist gesetzlich geregelt. Es ist durch den Staat sichergestellt, dass die Verbreitung von Zeitungen nicht durch die Konkurrenz von ausländischen Zeitungen gefährdet wird.

Vertrieb des Blattes in den Provinzen durch die Postämter. Preis für den Abnehmer 1,20 Mark, für den Einzelkäufer 1,50 Mark. In den Provinzen durch die Postämter. Preis für den Abnehmer 1,20 Mark, für den Einzelkäufer 1,50 Mark.

Abonnementpreise: Vierteljährlich 4,50 Mark, halbjährlich 8,50 Mark, jährlich 16,50 Mark. Einzelhefte 1,50 Mark.

Abonnementpreise: Vierteljährlich 4,50 Mark, halbjährlich 8,50 Mark, jährlich 16,50 Mark. Einzelhefte 1,50 Mark.

Dresden, Freitag, den 6. März 1931 42. Jahrgang

## Massennot und Konjunktur

### Dem Tiefpunkt der weltwirtschaftlichen Krise - Die Preise sind in Deutschland um 4,3 Prozent, das Arbeitseinkommen aber ist um 10 Prozent gesunken

Das Institut für Konjunkturforschung hat in seiner letzten Vierteljahrsberichterstattung für den Wirtschaftsentwicklung Ende Februar festgestellt, dass der Tiefpunkt der weltwirtschaftlichen Krise in nicht ferner Zeit erreicht wird. Die Weltwirtschaft habe sich im letzten Vierteljahr 1930 weiter vertieft. Der Jahressumme scheine sich eine neue, in der abgelaufene Rückgangsetappe anzubahnen. Auf Rohstoffmärkten habe die Vorratszunahme teils zugenommen, teils sich vermindert. Bei im ganzen noch stärkerer Tendenz zogen einzelne Rohstoffpreise an. Internationalen Aktienmärkten setzten sich seit Mitte vorigen Kurserholungen durch. Produktion und Exporten immer noch rückläufig. Wenn gleich die konjunkturelle Konjunkturrückgang noch immer nicht beendet ist, so dürfte sich doch die Rückgangstendenz ab eine Vereinzelung der Rückgänge ablagern.

#### Die Konjunktur in Deutschland

Auf die erhöhten Schwierigkeiten im Export, Produktion und den sinkenden Umsatz und die der Arbeitslosigkeit auf 5 Millionen vertieften sich festgestellt: Die Faktoren des Binnenmarktes gleichermassen unglücklich. Trotz dem Liquidität zu dem der Konjunkturabwärtung geführt hat, Verknappung an den Kreditmärkten an. Liquidität, insbesondere auf dem Bauplatz, stark beeinträchtigt. Die Verbrauchsgegenstände unter dem Druck eines stark verringerten Einkommens. An Gegenkräften sind vorerst keine zu erwarten. In dem Maß, in dem die Wirtschaft mahnenden Tatsachen an Wirklichkeit, müssen die Nachfragereserven ausgeschöpft. Die Belebung der internationalen Märkte und zum Teil auch der Weltrohstoffmärkte als Zeichen hierfür zu werten. Die Voraussetzung für eine schnelle Ueberwindung des gegenwärtigen Standes sind für Deutschland noch nicht gegeben. Es an werden die jahreszeitlichen Vorgänge auf dem Arbeitsmarktes hinwegwirken. Diese die Entlastung wird fürs erste aber schwerlich durch diese Faktoren unterstützt werden.

#### Preisniveau und im Arbeitseinkommen

Die Erwartungen auf eine Angleichung der Preise nicht erfüllt worden. Das Arbeitseinkommen ist dagegen weit mehr, als die Preisentwicklung. Untersuchungen über das Preisniveau leitete das Institut für Konjunkturforschung mit den eindeutigen Feststellungen. Das der Preissturz an den Weltrohstoffmärkten der geringe Rückgang der Preise an den Binnenmärkten den Industrieländern im zunehmenden Grad den Preisrückgang im Durchschnitt beeinträchtigt haben. In dem Maße, in dem die Preisrückgänge zwischen Welt- und Binnenmarkt für Deutschland dadurch, daß auf dem Weltmarkt Maßnahmen zur Stabilisierung der inländischen Preise ergriffen wurden, die Preisrückgänge ungünstig auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und auf den Export gewirkt. Vor bestehen beträchtliche Spannungen zwischen den Rohstoffpreisen, zwischen Großhandels- und Einzelhandelspreisen, zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichen Produkten. In der Zeit von Ende Oktober 1930 bis Ende Februar ist der Preis für rezeptible Warenpreise um 6,5 Prozent, der Preis für rezeptible Waren um 8 Punkte zurückgegangen. Die Rohstoffpreise haben sich aber nur um 4,3 Prozent vermindert, was die Lohnminderungen ergibt sich für

#### Verringering des Arbeitseinkommens

Das Institut für Konjunkturforschung hat festgestellt, dass das Arbeitseinkommen in dem überwältigenden Teil seit dem Beginn der Krise um 10 Prozent gesunken ist.

neuerdings einen Umfang angenommen, wie er in den letzten 40 Jahren nicht mehr zu verzeichnen war. Hier wirkten vier Faktoren, die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit, die Verdienstminderung durch Kurzarbeit, der Abbau der über tariflichen Bezüge und die Senkung der Tariflöhne, zusammen. Allein Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben für das vierte Vierteljahr 1930 gegenüber dem vierten Vierteljahr 1929 dem Arbeitseinkommen einen Verlust von - das Institut schätzt hier sehr vorläufig - 1,2 Milliarden Mark gebracht. Für das ganze Jahr 1930 veranschlagt das Institut den Verlust auf 3,5 bis 4 Milliarden Mark. In diesem Zusammenhang betont das Konjunkturforschungsinstitut, daß die Kaufkraft der Arbeitnehmer, soweit sie noch in Arbeit sind, ihrem Nominalbetrag nach noch stärker zurückgegangen ist, als diese Zahlen des nominellen Einkommensverlustes belagen. Abschließend wird festgestellt, daß sich die Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vorjahr um 4,3 Prozent verringert haben, daß aber für das Arbeitseinkommen mit einem Verlust von 10 Prozent zu rechnen ist.

Ohne Zweifel liegen in den größer gewordenen Differenzen zwischen Preisniveau und Arbeitseinkommen stärkere Krisenursachen. Deshalb will die Feststellung, daß die Gütererzeugung und der Güterverbrauch sich ihrem Volumen nach in den letzten Monaten einander weiter genähert haben, eigentlich gar nichts belagen. Erzeugung und Verbrauch sind nach unten gerichtet, was aber nicht bedeutet, daß sie sich früher oder später schneiden müssen. Ein neuer vom Unternehmertum erzwungener Lohnabbau - das wäre die dritte Lohnabbauwelle - müßte die Entwicklung bedenklich verschärfen und neue Krisenursachen schaffen.

#### Die Folgen der Wahl vom 14. September

Festgestellt zu werden verdient, was das Konjunkturforschungsinstitut über die Lage an den Geldmärkten sagt, und damit werden Konsequenzen der rechtsradikal-fiskalen Bewegung und Folgen der katastrophalen Wahl vom 14. September 1930 aufgezeigt. Die gerade nach den Reichstagswahlen stärker eingetretene Vertrauenskrise und die gesteigerte Kapitalflucht - die Reichsbank verlor dadurch seit Ausbruch der Vertrauenskrise rund 578 Millionen Mark an Gold und Devisen - führten dahin, daß sich im Ausland die Geldsätze senkten, während sich in Deutschland die Zinsen steigerten. Andererseits hat die Spanne zwischen den ausländischen und den deutschen Geldsätzen, die gegenwärtig beträchtlich höher ist als jemals in den letzten vier Jahren, es nicht vermocht, der deutschen Wirtschaft Auslandskredite zuzuführen. So steht das Werk der „nationalen“ Opposition aus. Voraussetzung für einen verstärkten Zufluss von Auslandskredit, den wir für die Aufhebung unserer Wirtschaft brauchen, ist aber noch das Vorhalten des Konjunkturforschungsinstituts die Wiederherstellung des Vertrauens zu Deutschland. Leichte Anzeichen dafür, daß das Ausland die Entwicklung in Deutschland etwas zuversichtlicher beurteilt, seien seit Mitte Februar vorhanden.

## Deutschland erwacht

Von Georg Deder

Wir entnehmen diesen Artikel dem Märzheft der „Volkswirtschaft“ (das wissenschaftliche Organ der Sozialdemokratie). Genosse Deder gehört zu den Ideengebern des europäischen Sozialismus und bekennt sich hier zu den Lehren des Nationalsozialismus. Der zweite Teil seiner Ausführungen soll morgen folgen. Die Red.

Kurz vor seiner Ermordung sprach Matteotti im Mailer bei Peuple in Brüssel. Er hat in seiner Rede die Lehre der italienischen Erfahrungen in eindrucksvollen Worten zusammengefaßt: „Die Freiheit ist wie Luft und Sonne. Man muß sie verloren haben, um zu verstehen, daß man ohne sie nicht leben kann.“ Hat Matteotti mit diesen Worten recht gehabt? Muß man wirklich die Freiheit erst verloren haben, um ihren Wert schätzen zu lernen? Diese Frage ist für uns keine bloß theoretische; sie erscheint vielmehr jetzt als die Schicksalsfrage unserer politischen Entwicklung. Das Maß der Anspannung der Kräfte und damit der Erfolg in unserem Kampfe gegen den Faschismus hängt in erster Linie davon ab, ob die deutsche Arbeiterklasse einsehen wird, was sie zu verlieren hat, und sich dessen bewußt wird, daß es in diesem Kampf um ihre Freiheit geht. Der Kampf gegen den Faschismus wird dann siegreich sein, wenn er als Freiheitskampf der breiten proletarischen Massen geführt wird.

Das Freiheitsideal der Arbeiterklasse ist Sozialismus. Also ist dieses Ideal nicht bloß Inbegriff der politischen Rechte, sondern darüber hinaus die Verwirklichung der wirtschaftlichen Befreiung aller Arbeitenden, die Befreiung der ökonomischen Ausbeutung durch eine neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Organisation. Daher ergeben sich die Vorstellungen von der relativen Bedeutung der politischen Rechte, von der politischen Freiheit und Demokratie als von den Mitteln in Beziehung zum sozialistischen Ziel. Es ist aber ein großer logischer Fehler, wenn aus diesen Vorstellungen die Schlussfolgerung gezogen wird, daß die politische Freiheit für die Arbeiterklasse ihren Wert nur als Mittel zum Zweck und daß sie keinen eigenen unbedingten Wert hat. Und dieser logische Fehler kann außerordentlich gefährlich werden, namentlich wenn er zugleich ein psychologisch-ethischer Fehler ist und deshalb nicht empfunden wird, daß die Verteidigung des vorhandenen Maßes der Freiheit jeder Anstrengung und aller Opfer wert ist. Nicht aber dieses Empfinden, so entsteht die Gefahr, daß die Freiheit verlorengeht, und erst nach ihrem Verlust würde man, nach dem Wort von Matteotti, zu spät begreifen, daß man ohne sie nicht leben kann.

Besteht bei uns diese Gefahr? Die Frage muß immer noch bejaht werden. Die Gefahr besteht, sie ist aber jetzt etwas geringer geworden und nicht unabwendbar, wie es vor fünf Monaten scheinen konnte. Der Ruf der Nationalsozialisten: Deutschland erwacht! ist nicht ungehört geblieben, hat aber nicht so eindeutig gewirkt, wie jene das erwartet haben. Die bedeutendste Tatsache unserer politischen Gegenwart ist dies: wir erleben das Erwachen des proletarischen Kampfes.

## Illegale Wehrformationen

### Was sagt die Reichsregierung dazu?

Stuttgart, 5. März. (Fig. Drahtbericht.) Die mehr oder weniger illegalen Wehrformationen, wie sie feinerzeit aus den Freikorps heraus entstanden sind, scheinen unter der Decke noch immer ihr unheilvolles Unwesen zu treiben. Wenigstens ist das einem Schreiben zu entnehmen, das von dem Stuttgarter kommunistischen Blatt am Mittwoch veröffentlicht wurde.

Der Briefkopf dieses Schreibens bezeichnet als Absender den Landesverband Sächsisch-Preussischer Kämpfer, Vereinigung ehemaliger Grenzschutz- und Freikorpskämpfer, Verbände Hans und Teufels Deimwehr. Von der Abteilung F dieser zu einem gemeinsamen Verband aufgeschlossenen Organisationen geht dieses vom Februar dieses Jahres aus Alpirsbach im württembergischen Schwarzwald datierte und mit dem Romen Kreuz unterzeichnete Schreiben aus. Darin werden in Verantwortung eingelieferter Befragungen bestimmte Fragen gestellt, im besonderen nach der politischen Einstellung der Adressaten. Der wichtigste Inhalt des Schreibens lautet:

„Wir gewöhnen: a) für Gründung von Ortsgruppen die entfallenden Spesen und den Ortsbeitrag; b) für spätere Verlegung in Abteilung F freie Verpflegung, Quartier, Bekleidung, Versicherung, vier Mark pro Tag für Lodge, fünf Mark für Verheirathete sowie Anwartschaft für geeignete Stellung und Versorgung. Die Finanzlage ist geregelt. Der Verband hat keine illegalen Ziele.“

Man muß erörtern, daß die Behörden sämtlich feststellen, zu welchem Zweck von der militärischen Abteilung F dieses Verbandes überhaupt Leute eingesetzt werden, in welchem Umfang dies geschieht, wobei die Mittel dazu stehen und auf welcher Grundlage den Angeworbenen sogar die Anwartschaft auf eine „Versorgung“ in Aussicht gestellt werden kann.